

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2009)

Heft: 3: Grenzen des Wachstums

Artikel: Wir sind wirklich nicht blöd

Autor: P.M.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir sind wirklich nicht blöd

Wohnung, Nahrung und Mobilität sind für drei Viertel unserer CO₂-Emissionen verantwortlich.¹ Aber sie machen nur 30 Prozent unserer Haushaltsausgaben aus.² Während Nahrung einen Drittel unserer CO₂-Emissionen verursacht, geben wir dafür nur 7 Prozent unseres Haushaltsgelds aus. Weil wir zwei Drittel unserer Emissionen mit importierten Gütern im Ausland erzeugen, haben wir es geschafft, unser Land relativ «sauber» zu halten. Global gesehen sind wir aber einer der schlimmsten Klima-Vampire. Dies ist nur möglich, weil wirtschaftliche und ökologische Logiken weit auseinanderklaffen.

Von P.M., Zürich
Autor des Bestsellers «bolo'bolo»
und von «Neustart Schweiz»

Die Hoffnung, mit einem Wirtschaftssystem, das kollektiert, wenn es nicht wachsen kann, nachhaltige Lebensweisen auf einem endlichen Planeten herzustellen, ist gleich null.

Viele ZeitgenossInnen lehnen es deshalb ab, auf individueller Ebene Einschränkungen hinzunehmen, um ein System zu retten, das sowieso unfair ist. Eigentlich ist unsere «Kaufkraft» seit langem zu hoch für ein gerechtes Stück vom ökologischen Weltkuchen. Dennoch beharren die Gewerkschaften auf ihrer Verteidigung und pochen sogar noch auf die wirtschaftsimmanente Logik, dass es ohne höheren Konsum auch keinen Aufschwung geben kann. Man bittet uns inständig Autos zu kaufen, obwohl dieses Verkehrsmittel nachweislich keine Zukunft hat. Unser Wirtschaftssystem blockiert nicht nur die ökologische Gesundheit des ganzen Planeten, es lähmt auch das ökologische Bewusstsein, das ja gemäss Umfragen sehr hoch sein soll. Es ist heute eine banale Erkenntnis, dass ökologische Einsicht kaum zu Verhaltensänderungen führt. Und: Das ist auch gut so!

Es braucht einen radikalen Neustart

Denn es ist wirklich unzumutbar, individuell eine ökologische Bürde übernehmen zu müssen, ohne jegliche gesellschaftliche Veränderungen dafür zu bekommen. Es ist nicht mehr möglich, uns eine ökologisch verträgliche Lebensweise ohne einen radikalen wirtschaftlichen und politischen Neustart zu verkaufen. Geschieht dies nicht, so wird Umweltschutz noch mehr zu einem Religionsersatz für eine Minderheit von Gutmenschen – und Ökomärtyrer werden erst im Jenseits Erfolg haben.

Wenn wir davon ausgehen, dass die weltweite Klimakatastrophe nicht irgendwo weit weg stattfindet, sondern in unseren Haushalten, wo der ganze Industrie-In-Put vom Konsum-Out-Put angesaugt und verpufft wird (Nachfrage bedingt Angebot), dann muss eine nachhaltige Lebensweise in unseren Nachbarschaften beginnen. Elektroautos werden auch Nuklearautos sein, in unserer Milch steckt via Soja der Ruin unzähliger südamerikanischer Campesinos, an unseren Computern klebt das Blut von kongolesischen Minenarbeitern.³ Nichts ist harmlos. Und trotzdem hat es keinen Sinn, eine ökologische Politik auf dem schlechten Gewissen der Bürger aufzubauen.

Im Gegenteil: eine andere Lebensweise wird mehr Spass machen, mehr Komfort bieten, mehr Lebensqualität. Aber sie bedingt einige Eingriffe in alte Gewohnheiten, antrainierte Vorurteile und irrationale Verlustängste. Unsere leidvolle Geschichte und vor allem die Kriege, Krisen und ideologisch motivierten totalitären Regimes des letzten Jahrhunderts, haben bei uns ein tiefes Misstrauen gegen allumfassenden gesellschaftlichen Wandel erzeugt. Wir wollen nicht zum x-ten Mal über den Tisch gezogen werden. Darum wecken Worte wie Reform, (Green) New Deal, Aufbruch oder gar Neustart zuerst einmal gesunde Abwehrreflexe. Wer sogar unser letztes Rückzugsgebiet, die Privatsphäre, angreift, hat sowieso keine Chance.

Zum Buch



P.M. hat in «Neustart Schweiz» versucht, eine Gesellschaft zu skizzieren, die auf einer gewissen Vorstellung eines schönen, aber dennoch suffizienten Lebens basiert. Wir werden nicht darum herum kommen, rational, aber auch mit Phantasie, zu definieren, was es heisst, auf diesem Planeten zu leben. Die Eckwerte sind in der Grössenordnung bekannt: Velo, Bus und Bahn, 20 kg Fleisch pro Jahr und Kopf, 20 m² beheizter Wohnraum in zentraler Lage. Was wir an Konsumfreiheit verlieren, müssen wir als kollektive Gestaltungsfreiheit gewinnen, sonst machen wir nicht mit. Damit das möglich ist, braucht es einen grossen Ruck, eben einen Neustart, der keine Zusammenhänge ausklammert. Über mangelnde Skepsis konnte sich P.M. bisher nicht beklagen...



Die Vier-Sterne-Nachbarschaft

Aber das Leben im Rückzugsgebiet macht eben trotz Unterhaltungselektronik und neustem Happy-Bett nicht wirklich Spass – man kann ein Leben nicht aus der Defensive heraus führen. Mein Vorschlag basiert daher auf dem Umbau unserer anonymen, verzettelten Siedlungen in konviale, vielseitige Soziotope mit einer reichhaltigen, aber kollektiven Infrastruktur. Die ideale Nachbarschaft hat etwa 500 MitbewohnerInnen, eine kompakte Gebäudestruktur, eine vertraglich geregelte Beziehung zu Bauernbetrieben (um die 80 ha, je nach Anteil der Tierproduktion), eine Beiz/Bar, ein Lebensmittelzentrum, Spielräume, Mediatheken, Gästehaus, Kleidertauschlager, Service-Exchange, Kinderparadiese, ein Bad, Werkstätten...

Dank ökologischer Synergien (teilen statt kaufen und horten), weniger Transporten und kleinerem Bedarf an Privatwohnraum (die gute Stube ist im Parterre) und vor allem wegen der direkten Nahrungsmittelversorgung kann eine solche Nachbarschaft einen 4-Sterne-Standard bieten und trotzdem die Bedingungen einer 1000-Watt-Gesellschaft erfüllen. Wenn man sich das Ganze weltweit vorstellt, könnte eine wirklich verlockende Vision entstehen.

Kein «Green New Deal» als blosser Plan B

Momentan wird ein «Green New Deal» von Obama, aber auch von den europäischen Grünen, als genialer Ausweg angeboten, der unsere Wirtschaft und unsere Umwelt mit einem Schlag retten soll. Grüne Autos, grüne Häuser, grüner Food: alles kein Problem, und es entstehen erst noch Millionen von neuen Arbeitsplätzen! Wir müssen (oder besser: dürfen) unser Leben nicht grundlegend ändern, wir brauchen nur neue, ökologisch designte Produkte, und schon geht es wieder eine Runde weiter. Diese Auffassung eines «Green New Deal» ist eigentlich nur der Plan B des soeben gescheiterten neo-liberalen Projekts. Und so wird er auch verkauft: schaut mal, wir sind die besseren Kapitalisten.

Die nachhaltige Gesellschaft vorbereiten

Doch so kann es nicht funktionieren. Die Ressourcen werden nicht ausreichen, um eine solche grüne Konsumgesellschaft aufrechtzuerhalten. Oder sie muss wieder, wie die alte, auf jene 20 Prozent der Weltbevölkerung beschränkt werden, die sich 80 Prozent der Ressourcen aneignen. Ein echter «Green New Deal» muss eine gesellschaftliche Reorganisation auf der Basis von demokratisch bestimmten öffentlichen Diensten, einer landwirtschaftlichen Subsistenz und einer global kompatiblen Lebensweise definiert werden. Die Wirtschaft muss sich dem globalen Haushalt unterordnen. Wir wollen nicht einfach die Finanzdiktatur mit einer Ökodiktatur kombinieren. Wir wollen globale demokratische Strukturen, die von selbstbewussten Nachbarschaften ausgehen und sich subsidiär von unten nach oben aufbauen. Zumindest im schweizerischen Rahmen sind solche Strukturen vorhanden. Darum ist ein echter «Green New Deal» hier durchaus denkbar. Wir könnten damit anfangen, unsere amorphen Siedlungen zu nachhaltigen Nachbarschaften umzubauen. Wenn wir pro Nachbarschaft mit einem Investitionsaufwand von 5 Millionen Franken rechnen, so bräuchten wir dafür 70 Milliarden, verteilt über zehn bis zwanzig Jahre. Dieses Geld kann von den Bewohnern selbst, von Gemeinden, Kantonen und dem Bund kommen. Im Rahmen eines echten «Green New Deal» könnte ein Umbau-Fonds geschaffen werden, zum Beispiel im Umfang eines Drittels (23 Milliarden Franken). Statt unser Geld in kurzfristigen Konjunkturprogrammen zu verpuffen, könnten wir damit eine nachhaltige Gesellschaft vorbereiten.

Jetzt brauchen wir nur noch die dazu passenden politischen Akteure. <

1 Sonntagszeitung, 19.7.09; 48

2 Tages-Anzeiger, 27.7.09; 17

3 www.time.com/time/world/article/0,8599,1912594,00.html